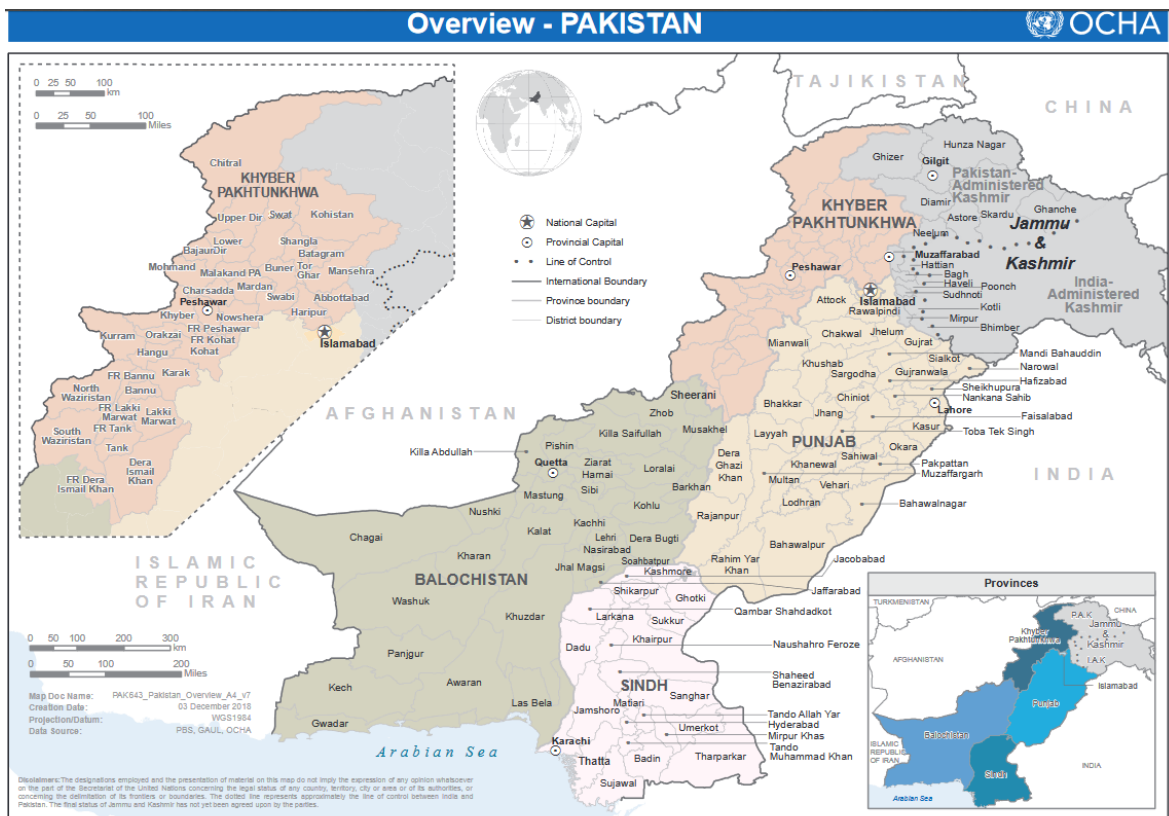


Factsheet Islamische Republik Pakistan

Stand: September 2022

1 Facts & Figures



[Karte](#), UNOCHA, 2018

Bevölkerung. 229.5 Millionen ([Schätzung 2022](#))

Ethnische Gruppen. Punjabi 44.7%, Paschtun*innen (Pathan) 15.4%, Sindhi 14.1%, Saraiki 8.4%, Muhajir 7.6%, Balochi 3.6%, andere 6.3%

Sprachen. Punjabi 48%, Sindhi 12%, Saraiki (Punjabi Variante) 10%, Paschtu 8%, Urdu (offizielle Sprache) 8%, Balochi 3%, andere 11%; Englisch (offizielle Sprache und Lingua franca der pakistanischen Elite und der Verwaltung)

Religion. Muslim*innen (Islam ist Staatsreligion) 96.5% (Sunnit*innen 85-90%, Schiit*innen 10-15%), andere (inklusive Christ*innen und Hindu) 3.5% ([Schätzungen 2020](#))

Parlamentarische Republik, mit grosser Macht des Militärs und kleinem Spielraum für die Zivilgesellschaft; Korruption. Eine [Gewaltenteilung](#) ist zwar seit der Verfassungsreform 2010 verankert, Parlament und Justiz nehmen ihre Kontrollfunktion jedoch nur eingeschränkt wahr. Insbesondere in der Sicherheits- und Aussenpolitik ist der [Einfluss des Militärs](#) gross. Der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien wird weiterhin

ingeschränkt. Pakistans Politik und Verwaltung sind geprägt von Intransparenz, Korruption, Vetternwirtschaft und der Verfolgung von Stammesinteressen. Pakistan nimmt im Korruptionswahrnehmungsindex den Platz 140 von 180 ein.

Eingliederung der FATA in die Provinz KP. Im Mai 2018 wurde die pakistanische Verfassung geändert, um die Eingliederung der bislang unter Bundesverwaltung stehenden Stammesgebiete (*Federally Administered Tribal Areas*, FATA) in die Provinz Khyber-Pakhtunkhwa zu (KP) ermöglichen.

2014 wurde die Todesstrafe wiedereingeführt. Ende 2021 sassen mehr als 3'800 Personen in der Todeszelle. 2021 wurden mehr als 129 Personen hingerichtet. Die zum Tode Verurteilten gehören häufig zu den am stärksten marginalisierten Gruppen der Gesellschaft.

2 Risikoprofile

- **Ahmadi**, Verfolgungen unter dem Blasphemiegesetz sowie spezifischer Anti-Ahmadi-Gesetze (1984 verabschiedet, Ahmadi dürfen sich unter anderem nicht als Muslime bezeichnen); das pakistanische Strafgesetzbuch behandelt das «Sich-als-Muslim-ausgeben» als Straftat. Im Mai 2020 schloss die Regierung Ahmadi von der Nationalen Kommission für Minderheiten aus, zudem kommt es zu nicht-staatlicher Verfolgung und Diskriminierung.
- **Weitere religiöse Minderheiten**, wie **Hazara**, **Schiit*innen**, **Bahai**, **Hindus**, **Konvertit*innen**, **Christ*innen**, Todesstrafe unter dem Blasphemiegesetz ist möglich, nicht-staatliche Verfolgung, Diskriminierung
- **Ethnische Minderheiten**, je nach lokalem Kontext Diskriminierung, Stereotypisierung, Kollektivbestrafungen
- **Frauen**, Vergewaltigung, Ehrenmord, Säureangriffe, häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung; Pakistan nimmt auf dem Global Gender Gap Index des Weltwirtschaftsforums den Rang 153 von 156 ein.
- **Kinder**, Zwangsheirat, sexueller Missbrauch
- **Politisch Oppositionelle**, Verhaftungen, Einschüchterungen
- **LGBTIQ**, strafrechtliche Verfolgung, Homophobie, insbesondere viele Anschläge gegen Transgender
- **Menschenrechtsaktivist*innen** und **Medienschaffende**, staatliche und nicht-staatliche Verfolgung, Einschüchterungen, Bedrohung, Inhaftierung

3 Jüngste Entwicklungen

Absetzung des Premierministers Imran Khan im April 2022, Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen. Während das Militär Imran Khan bei der Wahl 2018 unterstützt hatte, liessen sie ihn im April 2022 bei einer Vertrauensabstimmung im Parlament fallen. Mit Shehbaz Sharif, Bruder von Khans Vorgänger Nawaz Sharif, übernahm wieder ein Premierminister der alten Elite die Macht. Khans Partei *Pakistan Tehreek-e-Insaf* (PTI Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) hat Millionen Anhänger, die gegen die Absetzung landesweit demonstrieren. Khan fordert vorgezogene Neuwahlen, die erst 2023 vorgesehen sind.

Wirtschaftskrise und Flutkatastrophen. Die Inflation ist hoch und die Devisenreserven sind geschrumpft. Laut dem pakistanischen Finanzminister benötigt Pakistan rund 36 bis 37 Milliarden US-Dollar. Aufgrund von aussergewöhnlich starken Monsunregen musste Pakistan im

August 2022 den [Notstand](#) ausrufen. Millionen Menschen sind von den Überschwemmungen betroffen, gegen [1500](#) Menschen kamen ums Leben.

Komplexe Sicherheitslage mit verschiedenen Konfliktlinien; separatistische und extremistische Bewegungen. Die [innere Sicherheit Pakistans](#) ist durch politische und wirtschaftliche Instabilität, ethnische und religiöse Konflikte und religiösen Extremismus bedroht. Militante Gewalt ist hauptsächlich auf den separatistischen Aufstand in [Balochistan](#) und die Instabilität im Nordwesten des Landes in der [Provinz KP](#) und den ehemaligen Stammesgebieten zurückzuführen. Im Juni 2022 kündete die *Tehreek-i-Taliban Pakistan* (TTP) einen unbefristeten [Waffenstillstand](#) mit den pakistanischen Streitkräften an, nachdem eine TTP Delegation, die von den afghanischen Taliban empfangen wurde, Friedensgespräche abgeschlossen hatte. Die pakistanische Regierung bestätigte das Waffenstillstandsabkommen und gab zu, dass sie zum ersten Mal mit der TTP über ein Friedensabkommen verhandelt. Es kommt jedoch weiterhin zu [Anschlägen](#) der TTP.

Anschläge von terroristischen Gruppen führen zu hunderten zivilen Opfern. Militante und terroristische Gruppen, darunter die [TTP, Lashkar-e-Jhangvi und der Islamische Staat Khorasan-Provinz/Daesh \(ISKP\)](#) verüben Anschläge auf Zivilpersonen, Medienschaffende, Stammesführer, Sicherheitskräfte oder Schulen. Sie töteten und verletzten Hunderte von Menschen durch Bomben- und Selbstmordanschläge und andere Formen der Gewalt. Militante und terroristische Gruppen greifen häufig religiöse Minderheiten an. 2022 wird eine [Zunahme der Gewalt](#) durch den ISKP und *Tehreek-e-Labaik Pakistan* (Labaik) festgestellt, die sich vor allem gegen Schiit*innen richtet. [Separatistische Gruppen](#) wie die *Baloch Liberation Army* (BLA), *Baloch Liberation Front* (BLF), *Baloch Republican Guard* (BRG) und die *Baloch Nationalist Army* (BNA) attackieren in erster Linie die pakistanischen Sicherheitskräfte und Regierungseinrichtungen; jedoch auch Zivilpersonen sind von der Gewalt betroffen.

Die Flucht von Afghan*innen nach Pakistan. Laut [UNHCR sind 300'000 Afghan*innen seit der Machtübernahme der Taliban in Pakistan angekommen](#) (Stand Januar 2022). Davon seien 105'000 mit gültigen Dokumenten eingereist. Die restlichen 200'000 Personen hätten die Grenze illegal überquert. Diese sind besonders gefährdet, nach Afghanistan abgeschoben zu werden. Die pakistanischen Behörden schätzen, dass seit der Machtübernahme der Taliban [250'000](#) Afghan*innen in Pakistan eingereist sind (Stand August 2022). Etwa [1.4 Millionen](#) afghanische Flüchtlinge sind in Pakistan offiziell registriert. Seit Januar 2021 wurden [117'550](#) afghanische neuankommende Flüchtlinge registriert (Stand August 2022). Zudem leben laut Schätzungen zwischen [einer](#) und [zwei](#) Millionen Afghan*innen in Pakistan, die nicht registriert sind. Die pakistanische Regierung setzte sich in den letzten Jahren für deren Rückführung ein. Nachdem zahlreiche afghanische Flüchtlinge nach Pakistan gekommen waren, [schloss Pakistan die Grenze](#) für Personen ohne gültige Papiere. 2021 wurden mehr als [2'400 Menschen rechtswidrig nach Afghanistan](#) abgeschoben. Zur Begründung erklärten die Behörden, die bestehenden Flüchtlingslager hätten keine Kapazitäten für weitere Menschen.

4 Vorgehen der Behörden gegen Kritiker*innen

Verschwindenlassen, Inhaftierung ohne Anklage, Tötungen. Die Behörden gingen 2021 noch [härter](#) gegen Medien, die Zivilgesellschaft und die politische Opposition vor. Erneut gab es zahlreiche Fälle von Verschwindenlassen; in keinem Fall wurden die Täter*innen dafür zur Verantwortung gezogen. Zu den Betroffenen dieser Praxis hatten in den vergangenen Jahren Menschenrechtsverteidiger*innen, politische Aktivist*innen, Studierende und Journalist*innen

gehört, die ausserhalb ihres Umfelds kaum bekannt waren. Laut *Amnesty International* sind neuerdings auch [bekannte](#) Kritiker*innen der Regierung davon betroffen. Die pakistanischen Strafverfolgungsbehörden waren für weitere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter [Inhaftierungen ohne Anklage und aussergerichtliche Tötungen](#). Die Strafverfolgungsbehörden gingen 2021 hart gegen Demonstrierende der *Bewegung für den Schutz der Paschtunen* ([Pashtun Tahaffuz Movement](#)) vor, die sich gegen die Diskriminierung und aussergerichtliche Hinrichtung von Paschtun*innen, sowie gegen die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen nach ethnischen Kriterien (Racial Profiling) einsetzten.

Antiterror-Gesetzgebung. Mittels mehrfach verschärfter Antiterror-Gesetzgebung sind Grundrechte ausser Kraft gesetzt worden. So wurden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden deutlich ausgeweitet und Zivilpersonen unter Terrorverdacht können vor [Militärgerichte](#) gestellt werden. Die Behörden setzten die drakonischen Bestimmungen zur [Terrorismusbekämpfung](#) auch gegen zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen ein, die sich kritisch zu Regierungsmassnahmen oder -politik äusserten.

Blasphemiegesetz wird nicht nur gegen religiöse Minderheiten, sondern auch gegen Kritiker*innen eingesetzt. Wurden die vagen und weit gefassten [Blasphemiegesetze](#) in den vergangenen Jahren vor allem gegen die stark marginalisierten religiösen Minderheiten angewendet, dienen sie heute auch zur strafrechtlichen Verfolgung von Künstler*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen oder Journalist*innen. [Blasphemievorwürfe](#) werden auch zur Diskreditierung persönlicher Feinde und bei privater Rache erhoben.

Verschärfter Druck auf Medien. Die Behörden verschärften ihre [Kontrolle](#) der Medien und Medienschaffende berichteten von wachsendem Druck und zunehmender Zensur. Sie müssen mit Schikanen, Einschüchterungsversuchen, Zensur und Festnahme rechnen. [Drakonische Vorschriften](#) zur Entfernung und Sperrung «unrechtmässiger Online-Inhalte» ermöglichen die Zensur von Online-Inhalten. Laut eigenen Angaben hat beispielsweise [TikTok](#) im ersten Quartal 2022 fast 12.5 Millionen Videos aus Pakistan wegen Verstössen gegen die Vorschriften gelöscht, womit das Land den zweiten Platz auf der Liste der meisten entfernten Videos einnimmt. Zwischen Oktober 2020 und Juli 2021 wurde die App TikTok viermal blockiert, nachdem Gerichte Verbote wegen «Vulgarität» ausgesprochen hatten.

Druck auf lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen. [Nichtregierungsorganisationen \(NGOs\)](#) berichten über Einschüchterungen, Schikanen und Überwachung verschiedener Personen durch die Regierungsbehörden. Die Regierung nutzt die «Regulierung von INGOs in Pakistan», um die Registrierung und Arbeit internationaler humanitärer und Menschenrechtsgruppen zu kontrollieren und zu behindern.

5 Praxis Schweizer Behörden

Zahlen des SEM für 2022 (bis August 2022). Anerkennungsquote 8.2%; Schutzquote 23.0% (Positiv + VA)